



FLGÖ-BUNDESFACHTAGUNG

VERWALTUNG MUSS PRAKTIKABEL BLEIBEN

Nachhaltigkeit ist auch in der Gemeindeverwaltung ein Riesenthema. Das zeigte sich bei der Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten.

Die letzte Bundesregierung hatte bekanntlich in Gestalt von Minister Josef Moser dazu aufgerufen, Gesetze zu melden, die bereits totes Recht sind, damit sie gestrichen werden können. „Das tut niemandem weh“, meinte Moderator Peter Filzmaier. Schwieriger sei es jedoch, Gesetze zu liquidieren, die zwar noch angewendet werden müssen, aber eigentlich unnötig sind und die Verwaltung nur verkomplizieren.

Martin Mittermayr, Obmann des FLGÖ Niederösterreich, nannte als Beispiel dafür den Gesundheitsbereich: „Wenn es in vielen Orten nicht einmal einen Gemeindearzt gibt, wie sollen die Gemeinden dann einen Schularzt organisieren?“ Auch bei der Totenbeschau gebe es immer wieder Probleme. Mittermayr: „Das ist ein System aus dem vorigen Jahrhundert, wo man sich anschauen muss, inwieweit es heute noch praktikabel ist.“

FLGÖ-Bundesobmann Franz Haugensteiner stieß ins gleiche Horn als er erläuterte, wie die Anforderungen für sonderpädagogischen Förderbedarf „fast monatlich gesteigert“ würden. „Das überfordert die Gemeinden!“

Gemeinebund-Chef Alfred Riedl berichtete, dass der Gemeindebund bei Univ.-Prof. Bernhard Raschauer ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, um klarzustellen, wofür die Gemeinden eigentlich zuständig sind. „Es hat sich gezeigt, dass den Gemeinden Aufgaben übertragen wurden, die sie von der Verfassung her gar nicht übernehmen dürften. Hier muss bald eine Lösung gefunden werden“, so Riedl. 